

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/175

Bonn, den 16. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Sieg der Vernunft und politischen Reife 65

Zu den Wahlen in Schweden

2 - 2a Der Warnruf aus Braunschweig 55

Die kommunalen Reformen sind jetzt unaufschiebbar geworden  
Zur X. kommunalpolitischen Konferenz der SPD

3 - 4 Internationales Jahr der Menschenrechte 1968 55

Das deutsche Aktionsprogramm

5 - 6 Staatspräsident Saragat 58

Großer Europäer und Freund des deutschen Volkes  
Zu seinem siebzigsten Geburtstag am 19. September 1968

Von A. Kohn-Brandenburg

\* \*

\*

## Sieg der Vernunft und politischen Reife

### Zu den Wahlen in Schweden

G.M. - Der großartige Wahlsieg der schwedischen Sozialdemokratie ist eine Bestätigung für die Vernunft und politische Reife des schwedischen Volkes und besonders seiner Jugend. Nach 35-jähriger Regierungstätigkeit hat die schwedische Sozialdemokratie unter Führung von Ministerpräsident Tage E r l a n d e r am vergangenen Sonntag seit 1964 ihren Stimmenanteil von 47,8 auf 50,1 Prozent und die Anzahl ihrer Mandate in der Zweiten Kammer des Reichstags von 113 auf 125 erhöhen können.

Dieser Wahlsieg ist umso bedeutsamer als alle übrigen Parteien diesmal einen gnadenlosen Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mit dem Ziel geführt hatten, diese nach mehr als 3 Jahrzehnten von der Führung des Staates abzulösen. Die Parteien rechts von der Sozialdemokratie waren sich zwar nicht in allen Punkten einig, steigerten jedoch in den letzten Wochen vor dem Wahltag ihre Angriffe auf die Sozialdemokratie derart, daß vielfach vermutet worden war, Erlander und seine Mannschaft könnten sich nicht mehr an der Spitze des Staates behaupten. Die Kommunisten, die den Kampf gegen die schwedische Sozialdemokratie vor allem auf innenpolitischem Gebiet geführt hatten, erlitten eine vernichtende Niederlage; ihre Mandatszahl verringerte sich von 8 auf 3. Ihre Position war seit dem Tage des Einmarschs sowjetischer Truppen in die CSSR so stark angeschlagen, daß sie sich auch nicht mehr erholen konnten, nachdem sich ihr Führer Hermanson energisch von der sowjetischen Politik distanziert hatte.

Entscheidend für den Wahlsieg der Sozialdemokratie aber dürfte sein, daß die überwiegende Mehrzahl der schwedischen Wähler die hervorragenden Leistungen der Regierung Erlander auf allen Gebieten der Innenpolitik anerkennt und die vorsichtig ausgleichende Haltung Schwedens bei allen internationalen Konflikten billigt.

Tage Erlander selbst stand in den letzten Wochen trotz der für schwedische Verhältnisse oft maßlosen Angriffe wie ein Fels in der

Meeresbrandung. Charakteristisch für den Wahlkampf war die Herstellung des unmittelbaren Kontaktes der Kandidaten mit dem Wähler und der fast völlige Verzicht auf reine Propagandaveranstaltungen. In Gesprächen auf der Straße, bei Hausbesuchen und in zahlreichen Diskussionsveranstaltungen konnten die Kandidaten der Sozialdemokratie mit sachlichen Argumenten die Angriffe ihrer Gegner widerlegen. Gewiß, es gab auch Plakate und Broschüren - aber alle Beobachter des Wahlkampfes in Schweden sind sich darüber einig, daß die sachliche Auseinandersetzung mit dem Gegner die beste und - wie man jetzt sieht - auch erfolgreichste Waffe war.

Die Parteien rechts von der Sozialdemokratie (Zentrumspartei, Volkspartei, Rechtspartei) verloren zusammen 7 Mandate. Sie verfügen jetzt über 104 Parlamentssitze (früher 111). Die absolute Mehrheit der Sozialdemokratie ist mit 125 Mandaten demnach eindeutig.

Der Sieg der schwedischen Sozialdemokratie ist gerade in diesen turbulenten Zeiten ein Hinweis darauf, daß die Menschen nicht nur bereit sind, Leistungen auf sozialem Gebiet anzuerkennen, sondern auch eine konsequente Friedenspolitik zu unterstützen, wie sie von der Regierung Erlander seit vielen Jahren verfolgt wird. Schwedens Sozialdemokraten haben in der Regierungsverantwortung bewiesen, daß sie fähig sind, Innen- und Außenpolitik in einer Synthese der Vernunft praktisch zu gestalten. Auch die Jungwähler - in Schweden konnten zum erstenmal die 20-jährigen zur Wahlurne gehen - haben diese Leistung honoriert. Sie waren übrigens bei den Diskussionen auf der Straße und in den Diskussionsversammlungen die sachkundigsten und eifrigsten Debattierer. Das Wahlergebnis zeigt, daß Schwedens Jugend - oft verlästert und falsch dargestellt von der nichtschwedischen Sensationspresse - zum politischen Engagement im Sinne einer inneren- und äußeren Friedenspolitik bereit ist.

Die Deutsche Sozialdemokratie, in der zahlreiche führende Persönlichkeiten mit Tage Erlander und seinen Freunden seit vielen Jahren in enger Freundschaft verbunden sind, übermittelt der Schwedischen Sozialdemokratie zu ihrem Wahlsieg einen frohen und herzlichen Glückwunsch.

Der Warnruf aus Braunschweig

Die kommunalen Reformen sind jetzt unaufschiebbar geworden

sp - Ungeachtet aller außenpolitischen Notwendigkeiten, die in den kommenden Monaten die Aufmerksamkeit der in der Bundesrepublik Regierenden in erhöhtem Maße beanspruchen werden, muß die Forderung nach einer möglichst baldigen Realisierung der dringenden Kommunal-Reformen zu den Punkten gehören, die ganz oben auf der Rangfolge-Tafel westdeutscher Politik stehen. Die X. Kommunalpolitische Konferenz der SPD in Braunschweig hat in ihrer nüchtern-sachlichen und daher umso eindringlicheren Weise die ganze Breite und Tiefe der zu lösenden Aufgaben sehr deutlich gemacht und die Pflicht der Verantwortlichen in einer bundesrepublikengeschichtlich schon recht späten Stunde angesprochen, mit allen verfügbaren und abzweigbaren Mitteln nicht nur zu reformieren, sondern auch tatkräftig zuzupacken, damit die Gemeinden als die Basis unseres Staates gesunden können und stark werden.

Wenn Münchens energischer Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel in Braunschweig die dort versammelten rd. 1 200 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und Gemeindevertreter mit der Feststellung am Portepée packte, daß sie das "unerschütterte und tragfähige Fundament der Partei" seien, so gilt diese Wertung über den Rahmen der Partei hinaus für den ganzen Staat. Dieser Wertung muß aber von den Parlamenten und Regierungen in Ländern und Bund auch Rechnung getragen werden.

Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritzen warf mit wenigen Zahlen das ganze Problem: Die Investitionsausgaben der Gemeinden erfassen heute 44 Prozent ihres Gesamtetats, während es beim Bund 14,4 Prozent, ohne Verteidigung, und bei den Ländern 28 Prozent sind. Die Verschuldung der Gemeinden ist von 16 Milliarden DM im Jahre 1961 auf 33 im Jahre 1966 angestiegen, und der Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen von 33 Prozent im Jahre 1913 auf 11 Prozent im Jahre 1967 gesunken. Dabei war für die Jahre 1965 bis 1975 ein Gesamtinvestitionsbedarf von 218 Milliarden DM errechnet

worden, und das ohne die Städtesanierung, die immer notwendiger und dringlicher wird.

Die sozialdemokratische Kommunalkonferenz hat mit dieser nüchtern-sachlichen Aufrechnung den Finger auf die Wunde der Bundesrepublik gelegt. Man darf, das würde in Braunschweig erschreckend klar, keine Zeit mehr verlieren. Die von der SPD angekündigten Gesetzentwürfe müssen rasch und zügig behandelt und verwirklicht werden, wenn man sich nicht eine historische Schuld für Versäumnisse aufladen will, die den Staat im Kern treffen und schädigen müssen.

Die kommunale Finanzreform steht dabei neben dem Städtebau-förderungsgesetz an der Spitze der Liste. Die kommunale Finanzmasse wird nach dem Stande von 1969 um mindestens zwei weitere Milliarden DM jährlich erhöht werden müssen. Außerdem wird das kommunale Finanzsystem strukturell verbessert werden müssen, was insbesondere durch die Beteiligung der Gemeinden am örtlichen Ertrag der gesamten Einkommensteuer unter alsbaldiger Einführung beweglicher Hebesätze geschehen sollte. Dazu gehört auch die endgültige und dauernde Sicherung der Gemeinden an Mineralölsteueraufkommen.

Das sind nur die wichtigsten und unaufschiebbaren Reformmaßnahmen. Braunschweig war ein Warnruf, der auf keinen Fall überhört werden darf. Hier ist jeder Verantwortliche in der Bundesrepublik aufgerufen, gleichgültig in welchem demokratischen Lager er steht. Die innere Sicherung unseres Staates erlaubt keine Ausreden und keine Versäumnisse mehr.

+ + +

#### Kurt Schmückers richtige Erkenntnis

Aber wo bleibt die Konsequenz?

sp - Bundesschatzminister Kurt Schmücker, engagierter Katholik und profilierter Politiker der CDU, hat ein richtiges Wort gesprochen. Er sagte, "mit der NPD paktieren, heißt - so ist nun einmal die Wirklichkeit - unserem Lande Schaden zuzufügen, und das sollte ein Patriot nicht tun." - Diese Erkenntnis wird von keinem Demokraten bestritten.

Die niedersächsischen Sozialdemokraten haben entsprechend gehandelt, als zwei Mitglieder ihrer Partei den politischen Anstand verloren und mit der NPD pakteten. Was aber tat im gleichen Falle die niedersächsische CDU? Ein Parteischiedsgericht fand das paktieren mit der NPD in einigen Gemeinden ganz in Ordnung. Es bescheinigte sogar den Mitgliedern, die Listenverbindungen mit der NPD eingegangen sind, sie hätten sich nicht parteischädigend verhalten. Soll es dabei sein Bewenden haben? Was sich da in einigen Gemeinden Niedersachsens abspielt, ist keine Biertischangelegenheit, die man mit dem Mantel der Nachsicht zudecken kann. Sie wirft Schatten über die Bundesrepublik hinaus und manche besorgten Freunde unseres Volkes fragen sich, wie es mit der demokratischen Grundsatztreue einer Partei bestellt sein mag, die toleriert, was nicht zu tolerieren ist. Wenn schon die CDU von Niedersachsen nicht den Mut hat, hier reinen Tisch zu machen, dann sollte es die Bundesführungsspitze der CDU tun - schon aus patriotischen Gründen - und um, wie Schmücker sagte, Schaden von unserem Volke abzuwenden. Dazu sind Minister schon durch ihren Eid verpflichtet, den sie beim Regierungseintritt leisteten.

+ + +

## Internationales Jahr der Menschenrechte 1968

---

### Das deutsche Aktionsprogramm

VNA: - Aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Tages, an dem die Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte annahm (10.12.1948), wird auf Beschluß von Bundestag und Bundesregierung zwischen September und Dezember dieses Jahres das Aktionsprogramm "Menschenrechtsjahr" durchgeführt. Den Abschluß dieses Programms wird in Dezember die Würdigung der Menschenrechts-Erklärung in einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages bilden.

Bundestag und Bundesregierung hatten bereits im vergangenen Jahr beschlossen, die Bedeutung des von der Vollversammlung der Vereinten Nationen proklamierten "Internationalen Jahres der Menschenrechte 1968" gerade in der Bundesrepublik in besonderem Maße zur Geltung zu bringen.

Schirmherr der zu diesem Zweck vorgesehenen Aktion "Menschenrechtsjahr" ist der Präsident des Deutschen Bundestages, D. Dr. Eugen G e r s t e r n a i e r. Zur Vorsitzenden des Aktionsausschusses wurde Frau Annemarie R e n g e r, MdB, Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, bestellt. Den Vorsitz des Kuratoriums, in dem fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens durch ihre Repräsentanten vertreten sind, hat der Bundesminister der Justiz, D. Dr. Dr. Gustav W. H e i n e m a n n übernommen.

Ziel der Aktion ist es, allen Kreisen der Bevölkerung ein Höchstmaß an Information zum Thema "Menschenrechte/Menschenrechtsjahr" zu vermitteln. Das wird einmal mit Hilfe der Massenmedien

Presse, Rundfunk und Fernsehen geschehen, die ihre volle Unterstützung zugesagt haben. So veröffentlichen die Tageszeitungen von 180 Verlagen zwischen dem 10. September und dem 15. Oktober eine vierteilige Quiz-Serie mit 15 Fragen zum Thema "Menschenrechte".

Weiterhin ist der Einsatz der Ausstellung "Menschenrechte - der Beitrag Berlins" in den Großstädten Berlin, Bonn, Wiesbaden, Stuttgart und München vorgesehen. Und schließlich werden eine viermonatige Briefstempelwerbung und die Einschaltung von Lesezirkel-Beilagen, mit Coupons zur Bestellung kostenlosen Materials versehen, dazu beitragen, die Aufmerksamkeit breiter Kreise der Bevölkerung auf das Menschenrechtsjahr zu lenken.

Darüber hinaus konnte sichergestellt werden, daß praktisch alle Bildungsbereiche - Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Schulen, Volkshochschulen, Gewerkschaften, Werkzeitschriften, Bundeswehr und andere - das Thema "Menschenrechte" im Rahmen der Lehrpläne, in Sonderveranstaltungen und in ihren Publikationen behandeln. Das dazu erforderliche Informationsmaterial wird generell oder auf Anforderung vom Aktionsausschuß oder von dritter Seite - Bundeszentrale für politische Bildung, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Deutsche UNESCO-Kommission, Deutsches UNICEF-Komitee, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen - zur Verfügung gestellt.

In begrenztem Umfang kann der Aktionsausschuß auch qualifizierte Referenten für Vortragsveranstaltungen vermitteln. Die Maßnahmen des Aktionsausschusses werden durch eine Vielzahl von Großveranstaltungen oder Podiumsdiskussionen ergänzt. Veranstalter sind u.a. die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, das Kuratorium Unteilbares Deutschland, die Deutsche Welthungerhilfe, die Deutsche UNESCO-Kommission, das Deutsche UNICEF-Komitee, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bund der Vertriebenen, Amnesty International und eine Reihe großer Frauenverbände.

Staatspräsident Saragat

Großer Europäer und Freund des deutschen Volkes  
Zu seinem siebzigsten Geburtstag am 19. September 1968

Von A. Kohn-Brandenburg

Wenige Stunden vor seiner Wahl zum Präsidenten der Italienischen Republik, die er gelassen zu Hause zwischen seinen geliebten Büchern abwartete, erläuterte Giuseppe Saragat einem Journalisten, was er unter dem Begriff demokratischer Sozialismus versteht. Seine Begriffsbestimmung ist bemerkenswert, vor allem auch deshalb, weil diese wenigen Worte viel mehr über die Persönlichkeit Saragats aussagen als viele fremde Federn über ihn schreiben könnten. Er sagte damals: "Demokratischer Sozialismus ist die höchste Form zeitgenössischer Kultur. In ihr fließen die Ideale der christlichen Ethik, der menschlichen Solidarität und das staatsbürgerliche Denken der modernen Gesellschaft zusammen". Am 19. September wird Präsident Saragat siebzig Jahre alt. Wir wünschen ihm, dem großen Europäer und zuverlässigen Freund des deutschen Volkes von Herzen alles Gute.

Die italienische Politik ist vielschichtig, kompliziert und nur aus der Geschichte und aus den sozialen Umständen des Landes zu verstehen, und so ist es auch nicht ganz einfach, sich ein zutreffendes Bild der führenden Persönlichkeiten Italiens zu machen. Saragat ist oft als "der Antikommunist" Italiens charakterisiert worden. Eine solche Simplifizierung ist aber ungeeignet, diese reiche politische Persönlichkeit zu deuten, genau so wenig wie die Phrase vom "politischen Hamlet". Dieser Mann ist nicht einfach zu fassen. Das "Anti" paßt ganz und gar nicht zu ihm, der eher ein Meister des Positiven, des Konstruktiven ist. Er hat das oft bewiesen, wenn auch manchmal die Anlage seiner Taktik es nicht von vornherein erkennen ließ. Oft, wenn seine Gegner nach Finten und Hintergründigkeiten forschten, überraschte er sie ganz vordergründig dadurch, daß er folgerichtig handelte.

Der Politiker Saragat hat Entscheidungen getroffen, die das Schicksal seines Landes stark beeinflusst haben. So im Januar 1947



als die Sozialistische Partei gefährlich weit nach links gerutscht war. Nach langen Gewissenskämpfen traten damals Giuseppe Saragat und seine Freunde aus der Sozialistischen Partei aus und gründeten eine eigene, die spätere Sozialdemokratische Partei Italiens. Und fünfzehn Jahre später bereitete er zusammen mit Pietro Nenni den Boden für die Wiedervereinigung der beiden Sozialistischen Parteien vor.

Seit 1944 war Saragat als Minister in einer ganzen Reihe von Nachkriegskabinetten, er war Präsident der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, vertrat Italien unter schwierigsten Umständen bei den Friedensverhandlungen in Paris und später als Botschafter in Frankreich. Bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten am 26. Dezember 1964 war Saragat Außenminister im Kabinett. Angesichts solcher Aktivität fragt man sich, wie er Zeit fand, die kleine, äußerst aktive und für italienische Verhältnisse überraschend einige Sozialdemokratische Partei aufzubauen, die weit über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinaus eine bedeutende Rolle in der italienischen Politik spielte und wesentlich zur Sozialistischen Einheit beigetragen hat.

Seine politische Originalität, seine überzeugende Persönlichkeit, seine Festigkeit und Integrität haben Saragat schon lange vor seiner Wahl zum Präsidenten einen hervorragenden Platz in der italienischen Nation angewiesen. Besonders in kritischen Situationen wartete man auf sein Wort, auf seinen Rat, und oft gelang es ihm, die Entwicklung zum Guten zu beeinflussen.

Wir haben besonderen Grund, ihm dankbar zu sein. Er kennt unsere lebenswichtigen Interessen und ist, wo sich Gelegenheit dazu bot, für sie eingetreten. Giuseppe Saragat hat immer wieder das Recht der Selbstbestimmung für die Deutschen gefordert, und nach seinen eigenen Worten ist die Wiedervereinigung Deutschlands das wichtigste und vorrangigste europäische Problem.